

Antrag

der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Eckart von Klaeden, Anke Eymer (Lübeck), Erich G. Fritz, Dr. Peter Gauweiler, Ralf Göbel, Hermann Gröhe, Manfred Grund, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Joachim Hörster, Hartmut Koschyk, Eduard Lintner, Ruprecht Polenz, Dr. Norbert Röttgen, Anita Schäfer (Saalstadt), Bernd Schmidbauer, Karl-Georg Wellmann, Willy Wimmer (Neuss), Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Brunhilde Irber, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Niels Annen, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Detlef Dzembritzki, Monika Griefahn, Johannes Jung (Karlsruhe), Hans-Ulrich Klose, Ute Kumpf, Lothar Mark, Markus Meckel, Dr. Rolf Mützenich, Johannes Pflug, Otto Schily, Olaf Scholz, Dr. Ditmar Staffelt, Uta Zapf, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Demokratische Entwicklung Simbabwe unterstützen – Arbeit der internationalen Nichtregierungsorganisationen ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag nimmt mit Sorge das verschärfte Vorgehen gegen deutsche politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen zur Kenntnis. Damit wird diesen die Arbeit erschwert oder unmöglich gemacht, sei es durch Ausweisung von Mitarbeitern oder Nichtausstellung von Einreisevisa bzw. weiteren für die Arbeit vor Ort notwendigen Dokumenten.

Die Situation in Simbabwe ist gekennzeichnet durch wirtschaftlichen Niedergang, zunehmende Repressionen gegen die Zivilbevölkerung und der nur noch rudimentären Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern. Die Lebenserwartung ist weltweit die niedrigste, mehr als 80 Prozent der Simbabweer leben unter der Armutsgrenze. Mit der galoppierenden Inflation – sie beträgt bereits mehrere tausend Prozent – besteht die Gefahr des völligen Zusammenbruchs der Wirtschaft mit dramatischen sozialen Folgen für die Bevölkerung. Dadurch könnten sich die bereits bestehenden Flüchtlingsströme in die Nachbarländer vergrößern.

Präsident Robert Mugabes Politik der Härte ist eskaliert: Seine Sicherheitskräfte ignorieren gerichtliche Anordnungen, die Kirche ist ins Visier staatlicher Repressionen gelangt.

Die Regierungspartei ZANU-PF hat entschieden, den 83-jährigen Präsidenten Robert Mugabe bei den Präsidentschaftswahlen 2008 als Spitzenkandidaten aufzustellen und ihm damit eine weitere Amtsperiode von sechs Jahren zu sichern. Zudem müssen wir davon ausgehen, dass die Regierungspartei durch angestrebte Verfassungsänderungen wie beispielsweise dem Neuzuschnitt von Wahl-

kreisen ihre Ausgangsposition vor den zeitgleich für 2008 geplanten Parlamentswahlen noch stärker zum Nachteil der Opposition zu verbessern beabsichtigt.

Notwendig für eine positive Entwicklung Simbabwe ist ein Prozess der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erneuerung von innen, der nur nach legitimen Wahlen eine zukunftsfähige Chance haben wird. Diese sollten nach demokratischen Prinzipien abgewickelt werden. Sinnvoll wäre der Beginn eines Verfassungsreformprozesses, an dem in einem friedlichen Dialog alle politischen Kräfte beteiligt sind, damit das Land auf eine gemeinsame Zukunft vorbereitet werden kann.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Simbabwe sowohl bilateral als auch auf der EU-Ebene bei demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen;
2. den intensiven Dialog zwischen der EU und SADC zu nutzen, um insbesondere die Nachbarländer Simbabwe aufzufordern, sich aktiv in die Lösung der Probleme in Simbabwe einzuschalten. Hierbei kommt dem von der SADC angestoßenen Prozess eine besondere Bedeutung zu;
3. mit darauf hinzuwirken, die humanitäre Situation in Simbabwe zu verbessern und entsprechende Hilfsmaßnahmen in Kooperation mit den europäischen Partnern zu intensivieren;
4. im Rahmen ihrer Möglichkeiten sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe, die Deutschland Simbabwe zukommen lässt, über Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen abgewickelt wird und damit – wie bisher – der Zivilbevölkerung zugute kommt;
5. sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Arbeit der politischen Stiftungen und der Nichtregierungsorganisationen nicht behindert und der Schutz ihrer Mitarbeiter gewährleistet wird.

Berlin, den 4. Juli 2007

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion